

Kapitel

Initiator*innen: DIE LINKE RLP - Landesvorstand (beschlossen am: 23.06.2020)

Titel: Soziale Gerechtigkeit

Text

332 Öffentliche Daseinsvorsorge

333 In den Kommunen werden zahlreiche Entscheidungen getroffen, die unser Leben
334 unmittelbar berühren. Die Städte, Gemeinden und Kreise übernehmen zentrale
335 Aufgaben bei der Daseinsvorsorge. Wegen der Steuerpolitik der vergangenen
336 Jahrzehnte stehen heute viele Kommunen vor dem finanziellen Ruin und können
337 dies nur noch eingeschränkt. Mit der fortschreitenden Privatisierung kommunalen
338 Eigentums entziehen sich die Kommunen ihrer Verantwortung und berauben sich
339 politischer Gestaltungsmöglichkeiten.

340 Die öffentliche Daseinsvorsorge wird ausgedünnt: Schwimmbäder werden
341 abgerissen, Bibliotheken, Theater, Museen schließen, andere öffentliche
342 Einrichtungen insbesondere die Betriebe zur öffentlichen Daseinsvorsorge werden
343 privatisiert. Stellen in der öffentlichen Verwaltung werden abgebaut, soziale
344 Dienstleistungen zurückgefahren und Vereinen aus Kultur, Sport und soziale
345 Initiativen werden die Zuwendungen gestrichen. Gerade in den ländlich
346 geprägten Regionen fehlt es zunehmend an grundlegenden Einrichtungen für die
347 Aufrechterhaltung von öffentlichen Dienstleistungen in den Bereichen
348 Gesundheit, Pflege und Bildung.

349 Die Patentrezepte der neoliberalen Privatisierungsideologie haben sich für die
350 meisten Kommunen als Flop erwiesen. Cross-Border-Leasing-Modelle haben sich
351 ebenso wie „Public Private Partnership“-Projekte als unsolide und sehr teuer
352 erwiesen. Gerade bei PPP-Projekten werden elementare Bereiche unserer
353 Lebensgrundlage wie Bildung, Gesundheit, Energie, Wasser, Straßen, aber auch

354 Gefängnisse und Friedhöfe zu Finanzprodukten und zu Spekulationskapital.
355 Hierbei werden langfristige Verträge über Bau, Unterhalt und Betrieb
356 unterschiedlicher öffentlicher Einrichtungen mit Privatunternehmen geschlossen.
357 Die umfassenden Vertragswerke werden geheim gehalten, die parlamentarische
358 Kontrolle wird ausgeschaltet. Während die Kommunen zahlen und das Risiko
359 tragen, erwirtschaften die Unternehmen über 30 Jahre Gewinne. Einfallstor der
360 PPP-Lobby ist die durch die neoliberale Politik erzeugte Verarmung der Kommunen
361 in Verbindung mit der gesetzlich verankerten Schuldenbremse.

362 DIE LINKE setzt sich ein für:

- 363 • Auflistung und Offenlegung aller PPP-Verträge und Beschlüsse und
- 364 • die Stärkung der Prüfungsrechte der Rechnungshöfe.

365 Bezahlbare Versorgung der Bürger*innen mit öffentlichen Gütern und
366 Dienstleistungen muss abseits von PPP und sonstigen Finanzierungsstrukturen
367 umgesetzt werden.

368 Wir fordern:

- 369 • keine weitere Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und
370 Dienstleistungen.
- 371 • die Rekommunalisierung privatisierter oder teilprivatisierter Betriebe der
372 Daseinsvorsorge.
- 373 • die Stärkung der Kommunen durch einen Schuldenschnitt und eine
374 verfassungskonforme Finanzausstattung.
- 375 • Sozialtarife für bezahlbare Energieversorgung und eine
- 376 • bessere Versorgung des ländlichen Raums (ÖPNV, schnelle
377 Telekommunikation).

378 Die Gewerbesteuer ist die wichtigste, weil ergiebigste Einnahmequelle der
379 Kommunen. Die Corona-Krise zeigt aber einmal mehr, dass sie nicht kalkulierbar
380 und extrem konjunkturabhängig ist. Wir wollen deshalb eine
381 Gemeindefortschrittssteuer, die dauerhafte, verlässliche und höhere Einnahmen
382 für die Kommunen erbringt. Alle unternehmerisch Tätigen sind bei angemessenen
383 Freigrenzen steuerlich zu erfassen und die Bemessungsgrundlage anzuheben. Um den

384 ruinösen Wettbewerb um Wirtschaftsstandorte insbesondere zwischen großen
385 Städten und umliegenden Gemeinden zu unterbinden, fordern wir eine
386 Gemeindegebietsreform in den rheinland-pfälzischen Oberzentren bei Beibehaltung
387 und Ausbau einer wohnortnahen Verwaltung für die Bürger*innen.

388 Für eine solidarische und sichere Rente

389 Heute erreichen immer mehr Männer und Frauen ein hohes Alter und sind nach dem
390 Ausscheiden aus dem Beruf länger gesund, aktiv und autonom. Dies ist eine der
391 großen Leistungen der Zivilisation und ein gesellschaftlicher Reichtum, der
392 bewahrt und gestärkt werden muss.

393 Dem gegenüber sind immer mehr Rentner*innen von Altersarmut betroffen. Die
394 jetzigen Rentenreformmaßnahmen werden diesen Trend weiter fortführen. Die
395 zunehmende Privatisierung der Altersvorsorge sehen wir mit großer Sorge.

396 DIE LINKE setzt sich über Bundesratsinitiativen dafür ein, dass:

- 397 • die gesetzliche Rentenversicherung wieder Maßstab der Altersversorgung
398 wird.
- 399 • alle Bürger*innen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen
400 werden.
- 401 • die Beitragsbemessungsgrenze aufgehoben wird.
- 402 • die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre zurückgenommen wird.
- 403 • die Kürzungsfaktoren abgeschafft werden.
- 404 • Frauen einen gerechten Rentenanspruch erwerben, insbesondere durch
405 stärkere Anerkennung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten
- 406 • die Grundsicherung im Alter nach der Erwerbsarbeit ein Leben in Würde
407 ermöglicht.

408 Senior*innen – Armut verhindern und Teilhabe ermöglichen

409 Altersarmut ist ein wachsendes Problem in Deutschland. Viele Senior*innen
410 können von ihrer Rente nicht leben und müssen sich im Alter weiter mit Jobs

411 über Wasser halten. Durch die Corona-Krise hat sich die Situation für viele
412 ältere Menschen weiter verschärft. Nebenjobs sind weggefallen und
413 Unterstützungsstrukturen wie die Tafel waren vielerorts geschlossen. DIE LINKE.
414 Rheinland-Pfalz kämpft dafür, dass niemand im Alter in Armut leben muss. Wir
415 setzen uns auf Bundesebene für eine Mindestrente von 1.050 Euro im Monat und
416 eine Stärkung der gesetzlichen Rente ein.

417 Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben für alle
418 Menschen im Alter ein. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz steht für ein positives Bild
419 des Alters. Das Alter ist ein Lebensabschnitt mit eigenständigen Bedürfnissen,
420 Ansprüchen, Vorstellungen und Erlebnismöglichkeiten.

421 Wir wollen, dass alle Senior*innen am gesellschaftlichen Leben teilhaben
422 können. Deshalb setzen wir uns für eine barrierefreie und zugängliche
423 Gestaltung des öffentlichen Raums und von Wohnungen ein. Dazu zählt das
424 Wohnumfeld, das Pflege- und Gesundheitssystem, der öffentliche
425 Personennahverkehr und Begegnungsorte für Senior*innen. Gesellschaftliche
426 Teilhabe und der Kampf gegen Einsamkeit im Alter funktioniert nur, wenn Orte des
427 öffentlichen Lebens für alle zugänglich sind.

428 Senior*innen haben einen Schatz an Lebenserfahrungen, den sie häufig auch im
429 Alter einbringen möchten. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein,
430 dass Senior*innen in allen gesellschaftlichen Bereichen und auf allen Ebenen
431 mitbestimmen können. Wir wollen, dass Seniorenbüros und Seniorenbeiräten
432 flächendeckend im ganzen Land vorhanden sind. Dazu wollen wir ihre Arbeit
433 besser unterstützen und die Mitgestaltungsmöglichkeiten verbessern. Denn sie
434 helfen älteren Menschen bei den Herausforderungen des alltäglichen Lebens und
435 bringen ihre Perspektive und Bedürfnisse in die politische Entscheidungsfindung
436 ein.

437 Senior*innen sind in besonderem Maße auf gesellschaftliche Solidarität
438 angewiesen. Das zeigt sich nicht zuletzt in der aktuellen Corona-Krise. DIE
439 LINKE. Rheinland-Pfalz kämpft entschieden gegen jede Altersdiskriminierung und
440 setzte sich dafür ein, dass die Belange und Bedürfnisse von älteren in der
441 Politik mehr Gehör erhalten, gerade in Krisenzeiten.

442 Gesundheit und Pflege

443 Gesundheits- und Pflegepolitik ist nicht erst seit Corona eines der zentralen
444 Themen der Sozialpolitik. Wer krank oder pflegebedürftig ist spürt, wie teuer
445 unser Gesundheitssystem ist. Auch, wenn die Praxisgebühr von 10 Euro u.a. dank
446 unseres langjährigen Protests endlich Geschichte ist - bei Medikamenten werden

447 Zuzahlungen fällig, wer ins Krankenhaus muss, zahlt 10 Euro am Tag. Die Kosten
448 der zahnmedizinischen Versorgung explodieren und sind für Menschen mit
449 niedrigem oder keinem Einkommen kaum zu bezahlen.

450 Gesundheitspolitik ist eine vielschichtige Aufgabe: So obliegt die
451 Krankenhausfinanzierung den Ländern. Im Bundesländervergleich liegt Rheinland-
452 Pfalz aber nur auf Platz 12. Landesweit sollen Kliniken schließen, die
453 Geburtshilfe ist schon heute vielerorts nicht mehr vorhanden. Gleichzeitig
454 fallen die Löhne in den Gesundheitsberufen. Um gute Qualität im
455 Gesundheitswesen und den Pflegeberufen zu bewahren, braucht es gute Löhne für
456 qualifiziertes Personal: Einmalzahlungen oder der Applaus vom Balkon sind weder
457 nachhaltig noch ausreichend.

458 Das Gesundheitssystem muss solidarisch finanziert werden. Eine
459 Bürgerversicherung, in die jede*r einzahlt – vom Arbeiter über den Beamten,
460 die Selbständigen bis zum Abgeordneten – halten wir für sozial gerecht.
461 Pflege muss für Alle zugänglich und sozial gerecht finanziert sein. Deshalb
462 setzen wir uns für die Wiedereinführung und den Ausbau der umlagefinanzierten
463 Sozialversicherung ein. DIE LINKE spricht sich außerdem gegen die Einführung
464 der Kapitaldeckung in der Pflege aus. Der Bedarf an professioneller Pflege ist
465 immens. Die vorhandenen Bemessungsinstrumente reichen nicht aus.

466 DIE LINKE fordert:

- 467 • den Einsatz analytischer Personalbemessungsinstrumente in der Pflege,
- 468 • mehr Investitionen in Krankenhäuser, Ausstattung und Personal,
- 469 • den Ausgleich der regionalen Unterschiede in der Gesundheitsversorgung

470 DIE LINKE ist gegen Privatisierungen im Gesundheitssystem.

- 471 • Wir wollen die Pflegeversicherung ausbauen. Die Leistungen der
472 Pflegeversicherung müssen in einem ersten Schritt so angehoben werden,
473 dass der Wertverlust der letzten Jahre ausgeglichen wird. Die
474 Pflegeversicherung muss mehr sein als eine »Teilkaskoversicherung«.
- 475 • Menschen mit demenzieller Erkrankung müssen angemessen in die
476 Pflegeversicherung einbezogen werden, damit sie umfassend und kompetent
477 versorgt werden können.

- 478
- Angehörige müssen entlastet werden. Menschen, deren Angehörige
479 plötzlich pflegebedürftig werden, sind in einer solchen Situation
480 häufig überfordert. Wir dürfen die Menschen in einer solchen Situation
481 deshalb nicht allein lassen. Das Angebot der LINKEN ist eine sechswöchige
482 bezahlte Pflegezeit für Erwerbstätige, die der Organisation der Pflege
483 und der ersten pflegerischen Versorgung von Angehörigen dient.
484 Beschäftigte erhalten beitragsfinanzierte Lohnersatzleistungen, die den
485 Lohn in Höhe des Arbeitslosengelds I bei vollem Kündigungsschutz
486 ersetzen.
 - Die professionelle Pflege muss aufgewertet werden. Für die vielen
487 Beschäftigten muss gelten: Gute Ausbildung - Gute Arbeit - Gutes Geld –
488 Gutes Leben!
489
 - Wir wollen die solidarische Bürger*innenversicherung in Gesundheit und
490 Pflege.
491
 - Wir wollen das Leben für Pflegebedürftige und Senior*innen vor allem in
492 den ländlichen Regionen mit ihren speziellen Problemen angenehmer
493 gestalten. In vielen Gemeinden gibt es Bürgerhäuser mit eingerichteten,
494 aber wenig genutzten, Großküchen. Hier wollen wir darauf hinwirken, dass
495 die Menschen ein tägliches Mittagsessen in geselliger Umgebung bekommen
496 können. Mit dieser Maßnahme wollen wir erreichen, dass mehr
497 pflegebedürftige und ältere Menschen in ihrer gewohnten Umgebung
498 verbleiben können und nicht in Pflegeheime umziehen müssen. Der
499 Vereinsamung im Alter wird damit effektiv entgegengewirkt, ein
500 solidarischer Umgang miteinander gefördert.
501

502 Medizinische Versorgungszentren sind keine Profitcenter von Unternehmen und
503 Freiberuflern. Eine flächendeckende, in angemessener Zeit erreichbare
504 Versorgung mit Arztpraxen und Krankenhäusern ist zu gewährleisten. Die
505 integrierte Versorgung nach dem Vorbild der Polikliniken muss weiterentwickelt
506 und kommunale Gesundheitsdienste müssen ausgebaut werden. Die
507 Krankenhausfinanzierung seitens des Landes muss ausgebaut werden.
508 Privatisierungen und Teilprivatisierungen lehnen wir ab!

509 Bezahlbare Wohnungen für Rheinland-Pfalz

510 Immer mehr Menschen können sich in den rheinland-pfälzischen Ballungsgebieten
511 die steigenden Mieten nicht mehr leisten. Gleichzeitig sind Wohnungen auf dem
512 Land oft nicht vermietbar und sogar unverkäuflich. Beiden Herausforderungen
513 begegnet die rot-grün-gelbe Landesregierung mit unwirksamen Konzepten.

514 1. Mietpreisbremse in Mainz, Landau, Speyer und Trier wirkungslos

515 Die gesetzliche Mietpreisbremse bleibt wirkungslos, weil es zu viele Ausnahmen
516 gibt (Neubau ab 2014, umfassende Modernisierung, hohe Vormiete). Gerade der
517 letzte Punkt ist absurd: War die Vormiete schon höher als es die Neumiete nach
518 Mietpreisbremse sein dürfte, bleibt die Vermietung zur überhöhten Vormiete
519 trotzdem legal – was soll die Mietpreisbremse da bremsen? Hinzu kommt:
520 Verstöße gegen die Mietpreisbremse sind nicht strafbar, nicht einmal ein
521 Ordnungsgeld ist vorgesehen: Wer würde sich an Parkverbote halten, wenn es
522 keine Bußgelder gäbe?

523 2. Privat finanzierter Neubau schafft keinen günstigen Wohnraum

524 Genau da, wo günstiger Wohnraum fehlt, in den Ballungsgebieten, wird für die
525 einkommensstärksten und vermögenden Bevölkerungsschichten neu gebaut.
526 Durchschnittsverdiener haben in Innenstädten, am Rhein- oder Moselufer und
527 sonstigen gesuchten Lagen keine Chance. Gerade weil die geringen Zinsen für
528 Geldanlagen viel Geld in Immobilien treiben, steigen die Preise und damit die
529 Mieten. Finanzielle Hilfen aus öffentlichen Kassen für privat finanzierten
530 Neubau verschärfen diese Entwicklung anstatt ihr zu begegnen.

531 3. Der soziale Wohnungsbau in Rheinland-Pfalz ist völlig unzureichend

532 Gerade einmal etwas mehr als 52.000 Sozialwohnungen gibt es im Land, allein 2018
533 fielen mehr als 4.800 Wohnungen aus der Sozialbindung, nur 412 neue
534 Sozialwohnungen sind im gleichen Zeitraum gebaut worden. Nicht einmal zehn
535 Prozent des Verlustes konnten damit ausgeglichen werden, von einem Zuwachs an
536 günstigem Wohnraum konnte schon gar keine Rede sein. Mit dem DGB gehen wir
537 davon aus, dass mindestens 50.000 neue Sozialwohnungen nötig wären. Die
538 Landesregierung hat ein Ziel von 20.000 verkündet und wird es voraussichtlich
539 weit verfehlen. Die Übertragung der Zuständigkeit für den sozialen
540 Wohnungsbau vom Bund auf die Länder (Föderalismusreform 2009) hat in RLP zum
541 faktischen Ende des sozialen Wohnungsbaus geführt, die SPD-geführten
542 Landesregierungen haben das dafür vom Bund bereitgestellte Geld für andere
543 Zwecke ausgegeben.

544 4. Wohneigentum auf dem Land: Alterssicherung oder Klotz am Bein?

545 In unserem Land lebt ein Großteil der Menschen auf dem Land und eine Mehrheit
546 lebt im eigenen Haus. Dafür haben die Menschen jahrzehntelang gearbeitet, nicht
547 zuletzt in der Hoffnung, sich damit eine zusätzliche Alterssicherung zu
548 schaffen. Immer häufiger aber wird aus der erhofften Alterssicherung ein Klotz

549 am Bein: Mangelnde Verkehrserschließung, steinzeitliches Internet, lange Wege
550 zu Arbeit und Einkauf, schlechte medizinische Versorgung und natürlich das
551 mangelnde Angebot an Arbeitsplätzen machen viele Häuser unverkäuflich. Die
552 Landesregierung bietet dafür außer schönen Worten ohne Gehalt keinerlei
553 Antworten.

554 Was will DIE LINKE?

555 1. Wohnungsbau fördern – nicht Renditewünsche

556 DIE LINKE will bezahlbare Wohnungen fördern – und nicht die Renditewünsche
557 von Investor*innen. Deshalb ist der Bau von Sozialwohnungen unter den
558 derzeitigen gesetzlichen Bedingungen langfristig genauso wenig zielführend wie
559 die Zahlung von Wohngeld: Sozialwohnungen fallen nach 15 Jahren aus der
560 Mietpreisbindung und werden dann zu marktüblichen Preisen, also Wuchermieten,
561 vermietet. Diese Frist muss mindestens auf 25 Jahre verlängert werden. Das
562 Wohngeld hilft den Einzelnen, die Miete zu bezahlen, treibt aber die
563 Preisentwicklung und nutzt am Ende vor allem den Vermietern.

564 Deswegen wollen wir genossenschaftlich und öffentlich finanzierten Wohnungsbau
565 über kommunale Wohnungsbaugesellschaften fördern. Würde das Land einen Teil
566 des Haushaltsüberschusses von 2019, beispielsweise eine Milliarde Euro, als
567 Grundstock für die Gründung solcher Genossenschaften und
568 Wohnungsbaugesellschaften einbringen, wäre bei der aktuellen Zinssituation ein
569 breit angelegter Neubau bezahlbarer Wohnungen möglich. Sinnvollerweise gehören
570 solche Wohnungsbaugesellschaften auf die Stadt-, Verbandsgemeinde- und
571 Kreisebene, denn kommunale Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften sind dem
572 Gemeinwohl verpflichtet, private Wohnungsunternehmen den Renditeerwartungen der
573 Eigentümer.

574 2. Erbpacht statt Verkauf

575 Land und Kommunen müssen ihren Grundstücksbesitz nachhaltig und
576 zukunftsgerichtet verwalten. Das heißt vor allem: Der Verkauf städtischer
577 öffentlicher Grundstücke kann nur noch im absoluten Ausnahmefall in Frage
578 kommen. Standard muss die Vergabe von Grundstücken in Erbpacht und zu Schaffung
579 von Wohnraum werden. Dabei muss ein Anteil bezahlbarer Wohnungen von mindestens
580 50 Prozent vereinbart werden. Insbesondere darf hier der Anteil der Miete am
581 verfügbaren Haushaltseinkommen 30 Prozent nicht übersteigen. Bevorzugt werden
582 bei der Bebauung innerstädtischer öffentlicher Flächen kommunale
583 Wohnungsunternehmen und Genossenschaften. Privatinvestoren kommen erst
584 nachrangig zum Zuge.

585 3. Mietpreisdeckel jetzt – Berlin macht es vor!

586 Berlin hat einen der teuersten Wohnungsmärkte der Republik und die
587 Wohnungsbausenatorin der LINKEN macht vor, wie man der Mietpreisexplosion einen
588 Riegel vorschiebt: Mietpreisdeckel heißt das Zauberwort. Und die zum Teil
589 schrille Kritik der Profiteure der Mietpreisexplosion zeigt jedem
590 Interessierten: Katrin Lomscher und ihr rot-rot-grüner Senat haben offenbar
591 viel richtig gemacht

592 4. Sparen auf Kosten der Ärmsten beenden

593 Rheinland-Pfalz ist in vielen wirtschaftlichen Punkten Mittelmaß oder
594 Schlusslicht, bei einem Thema sind wir aber ganz vorne: In Rheinland-Pfalz
595 müssen im bundesweiten Vergleich die meisten Bezieher*innen von
596 Sozialleistungen aus den Mitteln zum Lebensunterhalt für die Miete zu zahlen.
597 Die von den Kommunen akzeptierten Kosten der Unterkunft (KdU) decken nicht
598 annähernd die tatsächlich zu zahlenden Mieten. Und nicht nur das: In RLP
599 zahlen nicht nur die meisten Leistungsbezieher zu, sie tragen auch noch die im
600 Bundesvergleich durchschnittlich höchsten Zuzahlungen. Dabei ist Rheinland-
601 Pfalz nicht annähernd in der Spitzengruppe der Wuchermieten. Unter dem Strich
602 heißt das: Bezieher von Sozialleistungen müssen sich die Miete vom Munde
603 absparen, weil die für die KdU zuständigen Kommunen angesichts der eigenen
604 Haushaltsmisere bei den Ärmsten sparen. Und die von der rot-grün-gelben
605 Landesregierung instruierte Kommunalüberwachung Aufsichts- und
606 Dienstleistungsdirektion (ADD) achtet sorgsam darauf, dass das auch so bleibt.
607 Wir wollen stattdessen, dass grundsätzlich nach der aktuellen Wohngeldtabelle
608 zzgl. eines Aufschlags von maximal 30 Prozent verfahren wird. Davon unberührt
609 bleiben Gebiete mit besonders hohen Mieten, in denen qualifizierte
610 Mietpreisspiegel o. ä. Instrumente existieren, die die Betroffenen
611 besserstellen.

612 5. Spekulation mit Leerstand und Bauland und Zweckentfremdung stoppen

613 Auch wenn Immobilienbesitzer und ihr Interessenverband Haus- und Grund Zeter und
614 Mordio schreien: Der Kampf gegen Immobilienspekulation zulasten der
615 Allgemeinheit ist keine Enteignung, sondern fordert die Sozialbindung des
616 Eigentums ein. Dauerhafte Leerstände von Wohnraum müssen deswegen ebenso
617 beendet werden können, wie die jahrelange Spekulation mit innerstädtischen
618 Baugrundstücken, die nicht bebaut werden, solange die Preise steigen. Leerstand
619 von Wohnungen lässt sich dadurch verringern, dass nach angemessenen Fristen
620 eine Zwangsbelegung der Wohnung erfolgen kann – natürlich gegen Zahlung einer
621 angemessenen Miete. Das muss so rechtssicher gestaltet werden, dass schon die
622 glaubhafte Drohung mit Zwangsbelegung dazu führt, dass sich Eigentümer

623 tatsächlich um eine Vermietung bemühen und nicht weiter mit Leerstand
624 spekulieren.

625 Die Nicht-Nutzung von Baugrundstücken in Innenstädten muss künftig
626 schwieriger werden: Wir wollen, dass Kommunen mit hohen Mieten die gesetzliche
627 Möglichkeit nutzen, Grundstücksbesitzer per Baurecht mit einem Baugebot zur
628 Bebauung zu zwingen.

629 Vor kurzem hat der Landtag ein Gesetz gegen Wohnraumzweckentfremdung
630 beschlossen: Kommunen mit hohen Wohnungsmieten können demnach Satzungen
631 verabschieden. DIE LINKE wird in den Kommunalparlamenten von Mainz, Trier,
632 Kaiserslautern, Ludwigshafen, Koblenz, Speyer, Neuwied und Landau entsprechende
633 Anträge einbringen. Auch wenn wir zahlreiche Einzelheiten des neuen Gesetzes
634 kritisieren: Es ist zumindest ein erster kleiner Schritt, um der Umwandlung von
635 Wohnungen in Büros oder Gewerbeflächen einen Riegel vorzuschieben.

636 6. Mieterhöhung dank energetischer Sanierung begrenzen

637 Private Immobilienunternehmen nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, die Mieten
638 nach energetischen Sanierungen zu erhöhen, schamlos aus. Deshalb sind solche
639 Sanierungen praktisch eine Genehmigung zum Gelddrucken: Die Sanierung steigert
640 den Wert der Immobilie, bezahlt wird sie aber ausschließlich von den
641 Mieter*innen. Und nicht nur das: Die Miete darf dauerhaft so stark erhöht
642 werden, dass die Mieter*innen ein Mehrfaches der tatsächlichen Sanierungskosten
643 bezahlen müssen. Viele können sich das nicht leisten, ziehen aus und bei
644 Neuvermietung langten die Immobilienkonzerne richtig hin. DIE LINKE fordert
645 deshalb die Landesregierung auf, endlich einen Antrag im Bundesrat zu stellen,
646 damit dieser Missbrauch ein Ende hat. Im Sinne der Betroffenen fordern wir, dass
647 sich die SPD-Bundestagsfraktion in der Bundesregierung entsprechend zu Wort
648 meldet: Sofortige Mietpreiserhöhungen um 100 Prozent, begründet mit
649 Sanierungen, müssen verboten werden. Stattdessen wäre eine der steuerlichen
650 Abschreibung von 50 Jahren angenäherte jährliche Mieterhöhung vertretbar,
651 dies wären zwei Prozent, ggfls. zzgl. Verzinsung.

652 7. Studierendenwohnungen und -wohnheime öffentlich finanzieren

653 Private Investor*innen haben einen neuen Goldesel entdeckt: Die
654 Wohnungssituation für Studierende ist landesweit schlecht bis verheerend. In
655 Koblenz reagiert der Markt: Es sollen Studierendenwohnungen gebaut werden, die
656 mehr als 20 Euro Miete pro Quadratmeter kosten sollen. Das wollen wir nicht
657 zulassen: DIE LINKE fordert, Studierende zu bezahlbaren Preisen mit angemessenem
658 Wohnraum zu versorgen. Weil dies nur öffentlich finanziert geht, müssen die

659 Studierendenwerke dazu mit öffentlichen Mitteln ausgestattet werden. Der
660 Goldgräberstimmung in diesem Bereich muss wirksam ein Ende bereitet werden –
661 denn sonst studiert künftig nur noch, wer sich Wuchermieten leisten kann.

662 8. Ein- und Mehrfamilienhäuser zu Senior*innen-WGs

663 Auf dem Land bangen viele ältere Menschen, wie lange sie sich das eigene Haus
664 noch leisten können, wie lange sie selbständig, ggf. mit ambulanter Hilfe, in
665 den eigenen vier Wänden leben können. Denn geht das nicht mehr, führt der
666 letzte Umzug ins Senioren- oder Pflegeheim. Dass dies nicht sein muss, beweisen
667 Initiativen zur Gründung von Senior*innen-WGs: Einfamilienhäuser werden von
668 Älteren ohne große Umbauten als Wohngemeinschaft genutzt: Jede und jeder hat
669 ein eigenes Zimmer, Wohnzimmer, Küche, Bad und WC werden gemeinsam genutzt. Wer
670 so wohnt, ist in aller Regel begeistert oder mindestens zufrieden – aus freien
671 Stücken ins Heim geht so gut wie niemand. Auch Projekte wie „Wohnen für
672 Hilfe“ wollen wir unterstützen, bei dieser Art Generationsübergreifender WG
673 bekommt ein junger Mensch ein mietfreies WG-Zimmer, z. B. im Haus von Senioren.
674 Als Gegenleistung hilft der junge Mensch einige Stunden in der Woche aus.

675 Kommunen sollte, auch bei angespannter Haushaltslage, gestattet werden,
676 zumindest das Geld, das durch die im Vergleich zur Heimunterbringung wesentlich
677 günstigeren Kosten eingespart wird, in die Förderung solcher Projekte zu
678 stecken: Vielen Menschen kann der ungeliebte Umzug ins Heim für lange Zeit, oft
679 sogar für immer, erspart werden. Ein- oder Mehrfamilienhäuser stehen nicht
680 leer, sondern werden genutzt, Eigentümer erhalten Miete, Mieter kommen
681 preisgünstig unter oder im Fall von „Wohnen für Hilfe“ sparen Studierende
682 die Mietkosten. Viele, die sich einen Heimaufenthalt gar nicht leisten können,
683 können die Teilmiete in der WG leicht tragen, haben frei verfügbares Geld
684 übrig und sind nicht von staatlicher Unterstützung abhängig. Für viele
685 Menschen ein wesentlicher Aspekt. Und Kommunen können viel Geld für die
686 Heimunterbringung sparen und stattdessen in die kleinteilige Vor-Ort-Versorgung
687 investieren. Für Menschen, die teilzeitberufstätig sein wollen oder die keine
688 Berufsausbildung haben, bieten sich Beschäftigungschancen: Mit geringem Aufwand
689 und bei geringeren Kosten viel Gewinn für die Region: Dafür werden LINKE vor
690 Ort eintreten.

691 Wir setzen uns ein für:

- 692 • den Erhalt und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und die Verlängerung der
693 Zweckbindung,
- 694 • bezahlbaren Wohnraum für einkommensschwächere Menschen und Familien mit

695 Kindern durch die Förderung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften und von
696 Wohnungsbaugenossenschaften,

- 697 • altersgerechtes und barrierefreies Wohnen,
- 698 • Mehrgenerationenhäuser und betreute Wohnformen und
- 699 • die Ausweitung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“